

zeitung gegen den krieg

Nr. 52 Herbst 2022

Ukraine Krieg – Die Herausforderung für die Friedensbewegung



Reiner Braun

Der Krieg in der Ukraine, als völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, als Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland, als Wirtschaftskrieg mit den Folgen eines sozialen Tsunami gegen die eigene Bevölkerung bringt eine grundlegend neue Situation zum Ausdruck. Sie wurde in den letzten Jahren auch durch die Militarisierungspolitik des Westens vorangetrieben.

Wir haben veränderte politische Rahmenbedingungen für die Friedensbewegung, die nach wie vor existiert und aktionsfähig, aber nicht mobilisierungsfähig ist. Mobilisierungsfähig meint, in der Lage zu sein, große Massenaktionen mit zehn- ja hunderttausenden von Teilnehmenden durchzuführen. Behindert wird eine Stärkung der Friedensbewegung durch alte und neue Konfliktlinien, durch Ausgrenzungstendenzen, durch die Übernahme herrschender Kriegsrhetorik und durch ein nicht bewältigtes Generationenproblem.

Was ist neu?

Die Friedensbewegung befindet sich in einer Defensivposition, wie es sie seit vier Jahrzehnten nicht gab. Die Kriegsrhetorik greift in weiten Teilen der Bevölkerung. Verunsicherung, Resignation und Rückzugstendenzen sind spürbar. Wir sind bei der Akzeptanz unserer Friedensargumentation um 20 Jahre zurückgeworfen. Einige von uns müssen sich auch selbstkritisch eingestehen, dass sie diesen Angriff Russlands nicht für möglich gehalten haben. Ein deutliches Zeichen dieser Defensiv sind Umfragewerte, die erstmals zeigen, dass selbst beim Thema Abzug der Atomwaffen aus Deutschland Mehrheiten wackeln. Erst recht gilt das für die Unterstützung klarer Abrüstungsforderungen oder einer Infragestellung der NATO. Selbst in

engen Freundeskreisen wird oft die Friedenslogik von der Kriegslogik verdrängt.

Die Situation ist also mehr als kompliziert. Das spüren wir ganz persönlich. Gleichzeitig nehmen weltweit die Gefahr eines – auch atomar geführten – Kriegs und insbesondere die Gefahr einer Klimakatastrophe zu. Resignation als Konsequenz können wir uns einfach nicht erlauben.

Vor diesem Hintergrund die folgenden Überlegungen für eine solidarische Diskussion.

Überlegung 1

Wir müssen alle diejenigen, die bereit sind, sich weiter aktiv für den Frieden zu engagieren, ermutigen, in gemeinsamen öffentlichen Aktionen wieder sichtbar zu werden. Schon die Ostermärsche haben gezeigt, dass es Tausende sind, die sich weiter aktionsorientiert für den Frieden einmischen wollen. Dies macht Mut. Es erhöht unsere Ausstrahlungskraft. Manchmal findet dies sogar die „Qualitätsmedien“, die jedoch grundsätzlich Kriegsrhetorik verbreiten.

Überlegung 2

Wir dürfen keinerlei Diskussion aus dem Wege gehen. Insbesondere müssen wir die soziale Frage viel stärker in den Mittelpunkt stellen. In der Bevölkerung ändern sich schon jetzt Stimmungen, die wir mit einer überzeugenden Friedensargumentation verstärken und damit mehr Menschen wieder für Aktionen gewinnen können. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung der bundesweiten Friedensherbst-Aktionen.

Überlegung 3

Friedensbewegung war immer Bündnisorientiert. Dies gilt auch dann, wenn wir gerade bei Partnerinnen wie den Gewerkschaften

Sanktionen treffen Bevölkerung

Winfried Wolf

Interview mit mit russischen und ukrainischen Oppositionellen

Anne Wright

Peter Brandt

Stimmen gegen den Krieg

Ukraine und Kultur-Krieg

Globale NATO

Frieden nur mit Russland

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Seite 5

Seite 7

Seite 8

Putin, Erdogan und ihre Kriege

Anfang August trafen sich im russischen Badeort Sotschi Wladimir Putin und Tayyip Erdogan. Beide regieren in ihren jeweiligen Ländern autokratisch. Beide unterdrücken die Opposition massiv; Regime-Kritiker werden in Russland zu Tausenden und in der Türkei zu Zehntausenden in Gefängnisse gesteckt. Moskau unterdrückt die Unabhängigkeitsbewegung in Tschetschenien. Ankara verfolgt die kurdische Bewegung für Autonomie. Die türkischen Drohnen helfen der Ukraine, die russischen Invasoren zu töten. Russland unterstützt in Syrien mit einigen Tausend Soldaten und mit Dutzenden Kampffjets das Assad-Regime und bekämpft dabei Islamisten. Wobei diese Islamisten wiederum mit dem Erdogan-Regime verbunden sind. Des Weiteren ist die Türkei Nato-Mitgliedsstaat. Die Nato wiederum ist der Hauptfeind Russlands. Gleichzeitig bedroht die türkische Armee das Nato-Land Griechenland; Erdogan fordert derzeit massiv, dass Griechenland ein Dutzend Inseln aufgibt und an die Türkei übereignet. Die Türkei will in der Ägäis nach Gas und Öl bohren – auch außerhalb der Gewässer, die bislang als türkische gelten.

All das hindert die beiden Autokraten nicht, sich freundlich lächelnd die Hände zu schütteln – und gemeinsame Abkommen zu unterzeichnen. Putin betont dabei, dass russisches Öl über eine Pipeline in die Türkei „und von dort in EU-Staaten fließt“.

Das Treffen trieft auf drei Ebenen von Zynismus. Es geht den beiden Autokraten nicht um Prinzipien; es geht um blanke Machtpolitik und um banale Deals: „Du lässt mir freie Hand in Idlib, Nordsyrien; ich lasse dann im Gegenzug mehr Gas und Öl in die EU durchleiten“. Zweitens unterstreicht das Treffen den Zynismus, der dem Ukraine-Krieg zugrunde liegt. Der Drohnen-Lieferant Türkei hilft Russland aus der Isolation. Erdogan erklärte sogar, ab sofort werde die Türkei die russischen Energielieferungen in Rubel bezahlen! Drittens scheint der Zynismus des Westens durch. Baerbock, von der Leyen und Biden halten die Klappe – kein Wort der Kritik an Erdogan! Kein Verweis auf eine „wertebasierte Politik“, die diese Art Deals nach Chicago-Gangster-Art verbieten würde. Schließlich könnte Erdogan erneut Schleusen öffnen und Zehntausende Flüchtlinge gen griechische Inseln durchwinken. Damit dies nicht passiert, zahlt die EU dem Gefängniswärter am Bosphorus sechs Milliarden Euro. Und möglicherweise liefert Erdogan auch an Russland seine Drohnen.

eher wenig Bereitschaft sehen, sich auf der Straße zu engagieren. Bei Teilen der Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung gibt es sogar eine Unterstützung für die Kriegslogik. Auch hier gilt es, Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Grundargumente, dass Krieg keine Probleme löst, sondern diese vergrößert, und dass die globalen Herausforderungen nur mit Kooperationen und niemals mit Konfrontation gelöst werden können, gelten verstärkt.

Es geht auch um mögliche neue Partner, die im weitesten Sinne in sozialen Bereichen (Wohnen, Gesundheitswesen, etc.), im Handwerk und Mittelstand, aber auch in der corona-kritischen Grundrechtsbewegung zu finden sind. Solange es eine klare Positionierung gegen rechtsradikales und faschistisches Gedankengut gibt, ist eine pauschale Ausgrenzung nicht zielführend.

Überlegung 4

In der Friedensbewegung existieren vielfältige und auch oft kontroverse Positionen. Wäre es nicht sinnvoll, in diesem Herbst unsere Anstrengungen auf das zu konzentrieren, was uns eint und dies intensiv zu propagieren: NEIN zu Atomwaffen! FÜR Abrüstung! NEIN zu allen Kriegen! Dass für eine solche Konsensstrategie mehr Solidarität und ein solidarischer Umgang notwendig sind, ergibt sich von selbst.

Überlegung 5

Keiner kann vorhersagen, ob geplante Aktionen erfolgreich sein werden. Politischer Realismus und Mut zu größeren Aktionen sollten sich ergänzen. In der jetzigen Situation nicht zu versuchen, mehr Menschen für eine aktive Teilnahme an hoffentlich größeren Aktionen zu gewinnen, wäre angesichts der vorherrschenden Militarisierungspolitik fahrlässig. Deshalb sollten wir gemeinsam den 1. Oktober zu einem eindrucksvollen Höhepunkt machen und über weitere Aktionen intensiv nachdenken.

Überlegung 6

Es geht bei der Lösung der globalen Herausforderungen um die weltpolitische Weichenstellung: Konfrontation und Krieg oder Kooperation und Abrüstung. Deshalb muss die Zusammenarbeit mit der Friedens- und Anti-Kriegsbewegung anderer Länder intensiviert und verstärkt werden. Wir sollten anknüpfen an den weltumspannenden Protesten gegen den Irak Krieg 2003. Positive Anfänge wurden mit den Anti-NATO Protesten in Madrid und der weltweiten virtuellen „Peace Wave“ gemacht.

Wir leben in einer Welt, die sich dramatisch ändert. Stimmungen können in kurzer Zeit kippen. Eine Instrumentalisierung der aufkommenden Proteste für Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus ist möglich. Wir müssen gesellschaftliche Entwicklungen sorgfältig analysieren und uns vor allen intensiv einmischen.

Ich bleibe optimistisch, die Friedensbewegung hat in ihrer über 100-jährigen Geschichte schon viele schwierige Herausforderungen gemeistert.

Ukraine-Krieg & westliche Sanktionen

Bislang werden vor allem die Bevölkerungen in Russland und in Westeuropa belastet

Winfried Wolf

Der Westen hat auf den Krieg der Russischen Föderation in der Ukraine mit immer neuen Sanktionen reagiert. Offiziell zielen diese auf die russische Führung im Allgemeinen und auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin im Besonderen. Tatsächlich treffen sie vor allem die Bevölkerungen in Russland und in Westeuropa – und nur am Rande die russische Elite um Putin. Wie die Funktionen wirken und warum sie in diese falschen Richtungen gehen, zeigen die folgenden fünf offiziellen Behauptungen – und unsere Antworten auf diese.

Behauptung 1 Die westlichen Sanktionen treffen massiv die Wirtschaft Russlands. Es ist wichtig, auf diese Weise den Druck auf den Kreml zu erhöhen, damit er den Krieg beendet.

Antwort Tatsächlich gab es im Februar und März im Westen Hunderte Berichte, wonach die russische Wirtschaft in Bälde zusammenbrechen würde. Die deutsche Außenministerin Baerbock gab – zusammen mit US-Außenminister Biden – sogar das Ziel aus, mit den Sanktionen Russland „in den Ruin“ zu treiben. Auch war die Rede von einer in Bälde stattfindenden „Staatspleite“ Russlands. Von all dem ist Mitte August nicht mehr die



Rede. Der Rubel ist stärker als vor Kriegsbeginn. Die Inflation sinkt. Die staatlichen Einnahmen Russlands sind 2022 mindestens so hoch wie im Vorjahr, vor allem aufgrund von umgeleiteten Energieexporten und den Rekordpreisen für Gas und Öl. Russland verzeichnet einen Leistungsbilanzüberschuss. Der Leitzins konnte – nach kurzzeitiger massiver Anhebung – wieder deutlich gesenkt werden. All das soll nicht heißen, dass die Sanktionen keine negativen Wirkungen zeigten. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 2022 um 5 bis 7 Prozent sinken. Doch es gibt keinen wirtschaftlichen Einbruch. Und ganz sicher keinen Zusammenbruch.

Behauptung 2 Es geht um Sanktionen der westlichen Wertegemeinschaft. Deutschland kann hier nicht aus der Reihe tanzen.

Antwort Die deutliche Mehrheit der Weltgemeinschaft beteiligt sich nicht an diesen Sanktionen. Das trifft auf ein autoritär geführtes Land wie China zu. Das trifft aber auch auf Indien oder auf die Mehrheit der afrikanischen Staaten, selbst auf Südafrika, zu. Es gibt hier nicht eine breite Allianz einer „westlichen Wertegemeinschaft“. Vor allem die Länder im globalen Süden erinnern sich gut daran, dass der Westen (USA, Nato usw.) in Vietnam, in Afghanistan, im Irak, in Jugoslawien (gegen Serbien) und in Libyen vergleichbare Kriege, wie Putin sie in der Ukraine führt, führten. Und dass diese „westliche Wertegemeinschaft“ den schmutzigen Kriegs Saudi Arabiens im Jemen unterstützt.

Behauptung 3 Mit den Sanktionen wird die russische Elite, werden Putin und die Oligarchen getroffen.

Antwort Das ist nicht der Fall. Die enge Entourage von Putin ist ohnehin seit der Krim-Krise mit Sanktionen belegt. Doch die Schicht der russischen Multimillionäre ist so gut wie nicht von Sanktionen betroffen. Deren Vermögen ist in Immobilien und Wertpapieren angelegt – und dies zu rund zwei Drittel im Westen. Auch gibt es russische Anteilseigner an Großkonzernen in der EU. Nur wenige Superjachten von Oligarchen wurden tatsächlich und auf Dauer beschlagnahmt. Der

weltbekannte französische Ökonom Thomas Piketty („Das Kapital im 21. Jahrhundert“) schrieb dazu: „Um die russische Regierung in ihre Schranken zu weisen, müssten sich die Sanktionen dringend auf die schmale Schicht der Multimillionäre konzentrieren. [...] So könnte man etwa die Personen ins Visier nehmen, die mehr als 10 Millionen Euro an Immobilien und Finanzvermögen besitzen. Nach den neuesten Informationen sind das etwa 20.000 Personen. Dies entspricht 0,02 Prozent der russischen Bevölkerung von derzeit 110 Millionen. [...] Diese 20.000 Menschen sind diejenigen, die seit dem Machtantritt Putins am meisten vom Regime profitiert haben. [...] Zur Umsetzung einer solchen Maßnahme würde es ausreichen, wenn die westlichen Länder endlich ein internationales Finanzregister (Global Financial Register) einrichten würden.“ Piketty beschreibt im Folgenden, dass und wie ein solches Register eingerichtet werden könnte. Doch das fand und findet nicht statt. Und warum? Antwort Piketty: „Aus einem einfachen Grund: Die Reichen im Westen fürchten, dass eine solche Transparenz ihnen letztlich schaden würde. Die Konfrontation zwischen „Demokratien“ und „Autokratien“ wird überzeichnet und dabei vergessen, dass die westlichen Länder mit Russland und China nicht nur eine ungezügelt kapitalistische Ideologie teilen, sondern auch ein rechtliches, steuerliches und politisches System, das alle großen Vermögen begünstigt.“¹

Behauptung 4 Wir müssen wegkommen vom russischen Öl und Gas. Das ist Teil der notwendigen Energiewende

Antwort Das Gegenteil findet statt. Seit Kriegsbeginn erhöht sich die Abhängigkeit der deutschen und der übrigen westeuropäischen Ökonomie von fossilen Energieträgern bzw. von der hochriskanten Atomenergie. Anstelle Öl und Gas des autokratischen Russlands gibt es Gas und Öl von den nicht minder autokratischen Regimen im Nahen und Mittleren Osten. Gleichzeitig werden die Kohlekraftwerke länger betrieben und teilweise neu angeworfen. Dutzende neue Atomkraftwerke sollen gebaut werden. Die Lauf-

zeit noch in Betrieb befindlicher AKW wird verlängert. In Groningen, in den Niederlanden, soll nun doch – und dies für den deutschen Markt – mehr Gas gefördert werden, und dies, obgleich es zu immer heftigeren Erdbeben kommt und inzwischen viele hundert Häuser beschädigt sind. Selbst Fracking soll in Deutschland möglich werden. Schlagzeile Anfang August: „BP verdreifacht den Gewinn.“ Aktuell fahren die Ölkonzerne die größten Gewinne seit eineinhalb Jahrzehnten ein. Damit erhöht sich erneut deren spezifisches Gewicht in der Weltökonomie. Bilanz: Die Energiewende wird erneut unterlaufen. Und das findet statt in einer Zeit mit Hitzewellen, ausgetrockneten Flüssen und hunderten Quadratkilometern mit brennenden Wäldern. Nicht einmal die so naheliegende, minimale und doch hochwirksame Forderung nach Tempolimits von 30 (in Wohngebieten), 80 auf Bundesstraßen und maximal 120 auf Autobahnen wird umgesetzt.

Behauptung 5 Alle müssen die Kosten für die Unterstützung der Ukraine mittragen; das ist unsere moralische Pflicht.

Antwort Richtig ist, dass die durchschnittliche Bevölkerung gewaltige Kosten für die Sanktionspolitik tragen wird. Das trifft zu auf die Bevölkerung in Russland und in der Ukraine. Das trifft auch zu auf die Bevölkerung in Deutschland und im übrigen Europa. Mitte August

gehen amtliche Stellen davon aus, dass sich ab Winter 2022/23 die Energiekosten im Vergleich vom Jahr 2021 rund verdreifachen. Auf einen durchschnittlichen Vier-Personenhaushalt sollen, inklusive Strom, *zusätzliche* Kosten in Höhe von 4–5000 Euro im Jahr kommen – so der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft.² Ein gewisser Teil davon mag durch staatliche Hilfen „abgedeckt“ werden. Doch insgesamt läuft das auf den größten Reallohnverlust seit Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus. Wobei erneut zu betonen ist: Damit wird weder die russische Wirtschaft in die Knie gezwungen, noch wird der weitere Kreis der russischen Elite getroffen. Übrigens: Öl- und Gasimporte aus Russland gibt es in Deutschland seit Anfang der 1970er Jahre. Damals herrschte in Russland respektive in der Sowjetunion ein mindestens so repressives Regime wie heute. Dieses führte in Afghanistan ab dem Jahr 1979 einen mindestens so aggressiven Angriffskrieg wie dies die Regierung Putin heute in der Ukraine macht. Und es gab das West-Ost-Wettrennen.

Doch in all den Jahren wurden niemals die Energieimporte aus der Sowjetunion gekappt – nicht unter dem SPD-Kanzler Helmut Schmidt und nicht unter dem CDU-Kanzler Helmut Kohl.

Anmerkungen:

1 <https://zeitschrift-luxemburg.de>
2 FAZ vom 3. August 2022

+++ aktiv gegen krieg +++

DGB-Aktionen am 1.9.2022

Am 1. September 1939 überfiel NS-Deutschland den Nachbarn Polen und begann den bislang verheerendsten aller Kriege. Seit Anfang der 50er Jahre sind es v.a. die Gewerkschaften, die den Antikriegstag gemeinsam mit der Friedensbewegung begehen, meist unter dem Motto „Nie wieder Krieg! – Nie wieder Faschismus!“ Im vergangenen Jahr formulierte der DGB unmittelbar vor den Bundestagswahlen: „Wir brauchen eine Politik, die auf Abrüstung und Entspannung setzt, statt auf Aufrüstung und Abschreckung. ... eine Bundesregierung, die sich dafür mit aller Entschlossenheit einsetzt.“ Ein Jahr später stellen wir ernüchtert fest, dass die neu gewählte Regierung das genaue Gegenteil dessen betreibt. Sie rüstet in einem nie gekannten Ausmaß auf und begründet dies mit der notwendigen „Abschreckung Russlands“. Diese „tiefe Zäsur“ zwingt „uns, neue Antworten zu finden.“ Bundeskanzler Scholz nannte diese Zäsur am 27.02. eine „Zeitenwende“. Wurde 2021 der NATO noch vorgeworfen „gezielt auf Konfrontation gegenüber Russland und China“ zu setzen, ist es jetzt das „autokratische Regime Russlands“, welches eine „Politik der Konfrontation und Eskalation“ betreibt. Dieses Narrativ kennen wir zur Genüge aus den Verlautbarungen von Regierung und NATO und aus den Hauptmedien. Dies ist die negative Seite der diesjährigen Erklärung zum Antikriegstag, mit der der DGB „die Friedensbewegung mit seiner gewerkschaftlichen Kraft unterstützen“ will. Es gibt auch die positive Seite, die v.a. in der Ablehnung des „Irrglaubens, Friede ließe sich mit Waffen schaffen“ zu finden ist. Vor der „weiteren Militarisierung der Debatte“ wird ausdrücklich „gewarnt“. Die „Festlegung der Bundesregierung, den deutschen Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken“, wird weiterhin entschieden abgelehnt. Eine „deutliche Beschränkung von Waffenexporten“ wird gefordert, ebenso der „Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotvertrag“. Nehmen wir in den bevorstehenden Aktionen den DGB beim Wort. Fordern wir den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf, mit der Friedensbewegung auf die Straße zu gehen, um die genannten friedenspolitischen Ziele gemeinsam durchzusetzen. Dazu wird es den berühmten „langen Atem“ brauchen, gerade nach „Zäsur“ und „Zeitenwende“
Christof Ostheimer, Neumünster, ver.di OV und LbzV Nord

+++ engagiert für den Frieden +++

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel Tübingen · Tobias Pflüger Tübingen · Ulrich Sander Dortmund · Laura von Wimmersperg Berlin · Winfried Wolf Potsdam. **Redaktion:** Reiner Braun & Winfried Wolf **Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):** Winfried Wolf. Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen Die Antifister Stuttgart · Antikriegsforum Ludwigshafen · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Galerie Olga Benario Berlin · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/Soz Köln · DIE LINKE (Partei Vorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift International Peace Büro – IPB, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten:
von 1 bis 99 Ex = 30 Cent je Exemplar
ab 100 Ex = 20 Cent je Exemplar
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB
ISSN 1611-2881

Kulturkampf

Der Ukraine-Krieg und die Ausgrenzung von Literatur und Musik



Das Denkmal der ukrainisch-russischen Freundschaft unter dem Bogen der Völkerfreundschaft in Kiew wurde Ende April abmontiert

Winfried Wolf

Direkt nach dem Sturz der vorsichtig russland-freundlichen Regierung Viktor Janukowitsch im Februar 2014 begann in der Ukraine eine antirussische Kampagne. Diese kulminierte zunächst darin, dass Russisch nicht mehr als zweite Amtssprache fungierte. Die Folge waren der Krieg im Osten und die Annexion der Krim durch Russland. Ab diesem Zeitpunkt wurden in der Ukraine hunderte Lenin-Denkmalen demontiert. Diese Welle bekam im Ukrainischen die Bezeichnung „Leninopad“ – „Lenin-Sturz“. Die Zahl der Denkmäler zur Huldigung des NS-Kollaborateurs Stepan Bandera nahm parallel zu. Offensichtlich sollte vergessen gemacht werden, dass es 1922 die Bolschewiki und Lenin waren, die erstmals die ukrainische Sprache als Amtssprache einführten und die Eigenständigkeit einer ukrainischen Kultur hervorhoben. Es war dann Wladimir Putin, der im Februar 2022 Lenin aus diesem Grund heftig kritisierte. Putin knüpft mit seinem russischen Chauvinismus direkt an das Zaren-Regime an, in dem jede ukrainische Kultur verneint wurde; indirekt knüpft der russische Präsident an Stalin an, der eine ukrainische Autonomie in kulturellen Fragen wieder strangulierte.

Nach der russischen Invasion vom 24. Februar 2022 ging die Regierung in Kiew einen Schritt weiter. Seither werden Denkmäler des russischen Dichters Alexander Sergejewitsch Puschkin demontiert; hundertfach kommt es zum „Puschkinopad“. Dabei, so bilanzierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11.7.2022), war „die Verehrung Puschkins (in der Ukraine; W.W.) lange mit dem Kult um den ersten ukrainischen Nationaldichter Taras Schewtschenko eng verflochten [...] Puschkin war auch für viele Ukrainer ein Gedächtnisort.“

Seither versucht die ukrainische Regierung alle russische Kultur auszugrenzen. Am 16. Juni entschied eine Arbeitsgruppe des ukrainischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, vierzig Werke russischer Autoren, darunter auch solche Puschkins, aus dem Schulbuchprogramm zu entfernen. In Deutschland erklärten die ukrainische

Botschaft und die Konsulate dieses Landes, es sei „unerwünscht, dass [auf dem Gebiet von Kultur] Russen und Ukrainer gemeinsam auftreten“. Das gelte auch dann und dort, wo „diese Künstler dies bei Solidaritätskonzerten selbst wünschten“ (FAZ vom 4.7.2022).

Dieser Nationalismus findet in Westeuropa teilweise eine Entsprechung; teilweise stößt er jedoch auch auf Widerstand. Die *Neue Züricher Zeitung* brachte am 7. Mai einen zweiseitigen Artikel, verfasst von der ukrainischen Schriftstellerin Oksana Sabuschko unter der Überschrift „Putin hat den Westen längst besiegt. Die Unterzeilen lauteten: „Mit ihrer blinden Begeisterung für russische Literatur haben sich westliche Intellektuelle zu Komplizen des Despotismus gemacht.“ In diesem Text werden in absurder Weise russische humanistische Literaten für den Putinschen Krieg verantwortlich gemacht. Dort heißt es: „Es ist an der Zeit, die russische Literatur unter einem anderen Blickwinkel zu lesen, denn sie hat fleißig an dem Tarnnetz für die russischen Panzer mitgeknüpft.“ In diesem Sinn gibt es auch praktische Konsequenzen. Die ukrainische Pianistin Valentina Lisitsa aus Kiew sollte im Mai bei den Europäischen Wochen

Passau einen Klavierabend mit Chopin gestalten. Nachdem sie am 9. Mai – also am Tag der Befreiung vom NS-Regime – im (inzwischen russisch besetzten) Mariupol auftrat, wurde sie eingeladen. Ihre Erklärung, „den Krieg abzulehnen“, reichte den Veranstaltern nicht.

Im Juli befragte die FAZ fünf Intendanten aus Deutschland und der Schweiz zu dem „Grenzwertproblem von Solidarität und Kunstfreiheit“. Das erstaunlich differenzierte Bild gibt Anlass für gedämpften Optimismus. Keiner der Befragten unterstützte einen Ausschluss russischer Kultur. Louwrens Langefoort, der Intendant der Philharmonie Köln, erklärte: „Bei Solidaritätskonzerten finde ich wichtig, dass ukrainische und russische Musik im selben Programm spielt.“ Viktor Schoner, Intendant der Staatsoper Stuttgart: „Wenn es ums Brückenbauen geht, liegen für mich die Kriegsoffer in der Ukraine und die Opposition in Russland, die auch ein Opfer des Kreml-Regimes ist, fast auf der gleichen Ebene.“ Malte Boecker, der Direktor des Beethoven-Hauses Bonn: „Wir müssen nach ukrainischen Künstlern suchen, die bereit sind, den Dialog mit den russischen Kollegen nicht abbrechen zu lassen.“

+++ aktiv gegen krieg +++

Solidarität mit Prof. Walden Bello

Der Wissenschaftler und Friedensaktivist Prof. Walden Bello wurde jüngst auf den Philippinen durch die Sicherheitsleute von Sara Duterte verhaftet. Seine Verfolgung hatte bereits vor einigen Monaten begonnen, als sie ihn als „Narco“, als Drogendealer, bezeichneten, was lebensbedrohliche Folgen hat. Daraufhin reichten sie eine Verleumdungsklage gegen Walden wegen seiner Forderungen nach öffentlicher Rechenschaftspflicht ein. Am 8. August wurde Walden unter Verweis auf „Vorwurf der Cyberverleumdung“ verhaftet. Die Verhaftung erfolgte am späten Nachmittag, als es schon zu spät war, um noch eine Anzeige zu machen. Spenden für Waldens Rechtsverteidigung werden dringend benötigt. Name: Antonia B. Garcia/ Kontonummer: 6714 0205 85/ Bank: BPI Familiensparkasse/ Bankfiliale: Isidora Hills, Diliman/Swift Code: BOPIPHMM/E-Mail: tonetskibg.jones@gmail.com

Wir glauben, dass lautstarke internationale Aufmerksamkeit erzeugt werden muss, die das Verfahren gegen Walden, seine Verhaftung und die zunehmenden Angriffe auf das Recht auf freie Meinungsäußerung verurteilt.

Shalmali Guttal im Namen von Focus on the Global South.

+++ engagiert für den friedem +++

Verlieren lernen in Afghanistan

Claudia Haydt

Im Dezember 2001 beschloss der Bundestag die Beteiligung der Bundeswehr an einer „robusten“ Militärmission in Afghanistan. Kanzler Schröder und Außenminister Fischer gingen damals davon aus, dass der Einsatz in sechs Monaten abgeschlossen sei und dass der Auftrag auf Kabul und Umgebung beschränkt werden könnte. Keines der damals gesteckten Ziele wurde erreicht. Frauenrechte? Demokratieaufbau? Fehlanzeige! Darum ging es ohnehin höchstens am Rande. Es fanden durchgängig zwei parallele Militäreinsätze statt. Über die Stabilisierungsmission ISAF (später Resolute Support) wurde öffentlich berichtet. Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ fand deutlich weniger öffentliche Aufmerksamkeit. Er prägte aber mit Drohnenangriffen, nächtlichen Überfällen und willkürlichen Verschleppungen und Erschießungen den Alltag der Menschen. Schon bald war klar, dass die NATO-Truppen Afghanistan nicht kontrollierten. Dennoch wurde der Einsatz Jahr für Jahr verlängert, er kostete Tausenden von Menschen ihr Leben. Es gab nur einen Gewinner dieser Konkursverschleppung: die Rüstungsindustrie. Neues Militärgerät wurde unter realistischen Bedingungen getestet. Die Auftragsbücher waren voll. Betrug die globalen Militärausgaben 2001 gut eine Billion Dollar, so sind es heute gut 2 Billionen. Die Bundeswehr hat das Kämpfen gelernt. Das unrühmliche Ende auf dem Kabuler Flughafen, sollte ein ernsthaftes Hinterfragen der Sinnhaftigkeit von Auslandseinsätzen einläuten. Leider wird es wohl in den nun eingesetzten Gremien nicht um Grundsatzfragen gehen, sondern um Strategien für noch aggressivere Militärpolitik. Doch was viele Waffen nicht schaffen, das wird mit noch mehr Waffen auch nicht gelingen – weder in Afghanistan noch anderswo.

Claudia Haydt ist im Vorstand der europäischen Linkspartei und lebt in Tübingen

Ein Friedensgutachten? Es propagiert Krieg!

Joachim Guilliard

Das diesjährige Friedensgutachten unserer angeblich „führenden Institute zur Friedensforschung“ belegt eindrücklich, in welchem beklagenswerten Zustand dieser Forschungszweig in Deutschland ist. Im Kern ist es eine mit friedenspolitischen Floskeln garnierte Rückenbedeckung für die aggressive Politik Berlins und der NATO, insbesondere gegen Russland.

In den Medien wurde das Gutachten auch genauso aufgenommen: „Friedensforscher unterstützen schwere Waffen für Ukraine“ lauteten beispielsweise die Schlagzeilen.

Die Autoren begründen ihre Haltung damit, dass zunächst eine Pattsituation im Krieg in der Ukraine geschaffen werden müsse, bevor an Verhandlungen zu denken wäre. Sie müssen sich von Militärs, wie General a.D. Erich Vad entgegenhalten lassen, dass dies den Krieg auf unbestimmte Zeit verlängert, um den Preis von immer mehr Zerstörung und unzähligen Toten.

Die Vorgeschichte und wesentlichen Ursachen des russischen Einmarsches in die Ukraine, aus denen sich Verhandlungsansätze leicht ableiten lassen, werden im Gutachten einfach beiseite gewischt. So hat allein „der russische Angriffskrieg“ die „europäische Sicherheitsarchitektur zum Einsturz gebracht“ und nicht bereits die aggressive Expansionspolitik von USA und NATO. Völkerrechtswidrige Militäroperationen finden die Autoren allein auf russischer Seite. Die USA erscheinen nur „als aktivster Akteur“ in „Afghanistan, Irak oder auch Syrien“.

Auch in der Befürwortung des beispiellosen Wirtschaftskrieges nehmen die Gutachter keine Rücksicht auf seine Folgen. Sein maßgeblicher Anteil an den Lieferengpässen und Preisexplosionen bei Energie und Nahrungsmitteln wird einfach ignoriert. Frieden scheint diesen Friedensforschern nur über Erfolg im Krieg möglich.

Joachim Guilliard ist aktiv beim Friedensbündnis Heidelberg und beim Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Sechs Monate Krieg – welche Perspektiven für den Frieden?

ZgK-Interview mit russischen und ukrainischen Oppositionellen



Wir haben jetzt 6 Monate Krieg in der Ukraine. Wie sieht Ihr die Situation in euren Ländern?

Yurii Sheliazhenko (Ukraine): Der Zermürbungskrieg geht weiter mit einer langsamen russischen Offensive im Donbass und einer ukrainischen Gegenoffensive in den von Russland besetzten südukrainischen Gebieten an der Schwarzmeerküste, die an die Krim grenzen. Die Kämpfe um das Kernkraftwerk Saporischschja verschärfen den Konflikt, selbst die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung hält die Kriegsparteien nicht zurück. Der Krieg hat bereits mehr als 12.000 Zivilisten in der Ukraine getötet und fast 13 Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, fast 7 Millionen sind ins Ausland gegangen. Der Krieg ruiniert Städte und Infrastrukturen, beraubt die Menschen ihrer Lebensgrundlagen, ihrer Nahrungsmittel, ihrer Bildung und ihrer Gesundheitsversorgung. Trotz

des Leids werden die Menschen durch Propaganda, formellen und informellen Zwang wie Verfolgung und gewaltsames Verschwinden vermeintlich prorussischer Persönlichkeiten, Schließung von Oppositionsparteien und Medien, strafrechtliche Verfolgung wegen Wehrdienstverweigerung ohne Ausnahmen, selbst für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, Verteilung von Befehlen zum Erscheinen in Rekrutierungszentren an alle gesunden Männer an öffentlichen Plätzen, Reiseverbot für Männer und Schikanen für jede Äußerung von Antikriegs- oder antimilitaristischen Ansichten in hohem Maße zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen mobilisiert. Diese militaristische Politik, die Demokratie und Bürgerrechte beschneidet, stößt trotz der bedingungslosen Unterstützung des Westens für Präsident Zelenskyj auf spontanen, versteckten und passiven Widerstand in der Bevölkerung.

Oleg Bodrov (Rußland): In den ersten Wochen nach dem Einmarsch in die Ukraine haben mehr als 1.200.000 russische Bürger die Petition „GEGEN DEN KRIEG“ unterzeichnet. Studenten, Professoren und Absolventen von Moskauer und anderen russischen Universitäten sprachen sich gegen den Krieg aus. In vielen Städten fanden zahlreiche Proteste gegen den Krieg statt. Gleichzeitig unterstützte das Moskauer Kurtschatow-Institut, das die erste sowjetische Atombombe entwickelt hatte, am 4. März die so genannte „besondere militärische Operation in der Ukraine“. Die Unterstützung des Krieges durch die Atomwissenschaftler ist eine Folge des besonderen Status der russischen Atomindustrie. Sie ist de facto ein unabhängiger Staat innerhalb Russlands. Es handelt sich um ein Prozent der russischen Bevölkerung, die in 20 geschlossenen Städten der Atomindustrie leben. Die gesamte soziale Infrastruktur dieser Städte

hängt vom föderalen Haushalt ab, und die Gehälter der Nukleararbeiter sind 2-3 Mal höher als in der Region, in der diese Stadt liegt. Das „RosAtom-Land“ verfügt über alle notwendigen Ressourcen der Russischen Föderation und wird nicht von der russischen Regierung, sondern von einem vom Präsidenten ernannten Aufsichtsrat geleitet. RosAtom ist also die Atomwaffe des russischen Präsidenten. Wenige Wochen nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges änderte sich die soziale und politische Lage in Russland radikal: Alle unabhängigen russischen Medien wurden geschlossen. Auf den staatlichen Kanälen wurde täglich totale Kriegspropaganda ausgestrahlt. Das Parlament verabschiedete neue Gesetze, die jede öffentliche Kritik am Krieg (auch von Abgeordneten) verbieten; wer dagegen verstößt, muss ins Gefängnis gehen oder hohe Geldstrafen zahlen, was den Krieg effektiv un-

terstützt. Es gibt keine unabhängige Justiz. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte werden nicht umgesetzt; der russische Präsident hat ein entsprechendes Dekret unterzeichnet. Facebook und einige andere soziale Netzwerke sind blockiert. Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, die mit Partnern aus anderen Ländern zusammenarbeiten, erhalten den Status eines „ausländischen Agenten“ und werden der in der russischen Verfassung vorgesehenen Bürgerrechte beraubt. Auf städtischen Anschlagtafeln werden Männer zwischen 20 und 60 Jahren aufgefordert, einen Vertrag zur Teilnahme an der so genannten „besonderen Militäroperation in der Ukraine“ zu unterzeichnen; der monatliche Sold beträgt 2.200 Euro, was dem Vierfachen des Gehalts von Lehrern entspricht. Ein Großteil der russischen Gesellschaft nimmt den Krieg als Seifenoper wahr, die jeden Abend im Fernsehen gezeigt wird. Gleichzeitig veranstalten die Behörden städtische und berufliche Feiern und Feuerwerke. Damit wird demonstriert, dass das Leben weitergeht und dass das, was in der Ukraine geschieht, eine Angelegenheit der Politiker und des Militärs ist, die für Russland und gegen die NATO handeln. Tausende von Kriegsgegnern haben Russland in die Nachbarländer verlassen. Diejenigen, die nicht ausreisen konnten, haben aufgrund des starken staatlichen Drucks keine Möglichkeit mehr, öffentlich Stellung zu beziehen.

Welche Schritte sollten zur Beendigung des Krieges und zur Einleitung eines Friedensprozesses unternommen werden?

Yurii Sheliazhenko: Die militanten Führer Russlands und der Ukraine sowie ihre Verbündeten im Osten und Westen konzentrieren sich in ihrer offiziellen Propaganda auf dämonisierende Feindbilder und unrealistische Pläne, den Krieg durch einen vollständigen Sieg zu beenden. Dieses Narrativ ist offensichtlich irreführend. Die weltweite Friedensbewegung könnte das Narrativ ändern, indem sie die Wahrheit sagt, die Menschen informiert und über den Frieden aufklärt, für einen Waffenstillstand, für Friedensgespräche zwischen Ost und West sowie zwischen Russland und der Ukraine und in dem sie für einen systemischen Übergang zu einer Wirtschaft und Politik der Gewaltlosigkeit eintritt. Das jüngste Abkommen von Istanbul über die Verschiffung von Getreide aus der Ukraine über das Schwarze Meer zeigt, dass positive Anreize wie das gegenseitige Interesse an Handelsgewinnen funktionieren, insbesondere unter dem internationalen Druck des hungernden globalen Südens. Dieses Beispiel zeigt ebenso wie das des Atomwaffenverbotsvertrags, dass vernünftige Menschen auf der Welt ihre Stimme erheben und Regierungen und internationale Organisationen mobilisieren können, um sich der rücksichtslosen militaristischen Politik von Großmächten und Kriegsindustrien zu widersetzen, die der gesamten Menschheit schadet und die gemeinsame Zukunft aller Menschen auf der Erde gefährdet. Die westlichen Regierungen denken, dass der Krieg durch einen Regimewechsel in Russland beendet werden

könnte; die russische Regierung denkt, dass ein Regimewechsel in der Ukraine den Krieg beenden könnte; aber solche Regimewechsel, wenn sie überhaupt möglich sind, können den Krieg nicht beenden, nur tiefgreifende globale strukturelle Veränderungen werden dies tun, und ich glaube, dass die sich entfaltende weltweite Friedensbewegung diese notwendigen Veränderungen auch bewirken wird.

Oleg Bodrov: Meiner Meinung nach ist es notwendig, dass die neue Generation der Bürger Russlands und der Ukraine sich weigert, sich gegenseitig zu töten! Es ist wichtig, dass Vertreter der Friedensbewegung, von Umwelt-, Klima- und anderen NROs aus Europa (einschließlich Russland und Ukraine), den USA und Japan gemeinsam handeln. Es ist notwendig, eine umfassende Analyse zu erstellen und die globalen Risiken und möglichen negativen Folgen des Krieges für unseren Planeten aufzuzeigen. Ich denke, das IPB kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Ich halte die Entscheidung mehrerer Länder, die Ausstellung von Visa für russische Bürger zu beschränken, für einen Fehler. Diese Maßnahme verstärkt die Isolation der russischen Zivilgesellschaft und trägt dazu bei, sie mit der Kriegspartei in Russland zu vereinen.

Eine persönliche Frage: Wie fühlen Sie sich nach sechs Monaten Krieg?

Yurii Sheliashenko: Ich fühle mich ein wenig erschöpft von den täglichen Bemühungen, mehr Hoffnung in mein Leben und das Leben anderer zu bringen, aber ich bin damit zufrieden, dass ich tue, was ich tun muss, und entschlossen, diese Arbeit fortzusetzen. Mein Leben hat sich nach dem Einmarsch der Russen in die Ukraine stark verändert. Meine Vorlesungen mußten vorübergehend eingestellt werden. Vielleicht ist das auch besser so, denn es gibt so viele wichtige Dinge für die Entwicklung der Friedensbewegung in der Ukraine und in der Welt zu tun. In diesem halben Jahr habe ich mehr friedliebende Menschen getroffen und auf mehr internationalen Veranstaltungen gesprochen als in den Jahren zuvor.

Oleg Bodrov: Jeden Morgen, wenn ich aufwache, habe ich ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit. In Russland ist es fast unmöglich, das Geschehen in der Ukraine zu beeinflussen. Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten besteht die Gefahr, dass das Büro unserer Organisation geschlossen wird. Das wird die Arbeit mit den russischen Partnern erschweren. Aber die virtuellen Treffen mit ukrainischen, europäischen, amerikanischen, japanischen und anderen Freunden und Kollegen stimmen mich optimistisch! Wir sind alle zusammen - die lebenden Teilchen eines globalen lebenden Organismus - des Planeten Erde! Das ist das Wichtigste, was uns eint und uns Hoffnung gibt.

ZgK brachte in der vorausgegangenen Ausgabe (April 2022) bereits ein erstes Interview mit Sheliashenko und Bodrov. Die Fragen stellte Reiner Braun.

Die globale NATO und der Pazifik

Die USA und die NATO verschärfen die Spannungen durch Großmanöver



Rim of the Pacific (RIMPAC) Kriegsübung

Oberst (a.D.) Ann Wright

Während sich die Aufmerksamkeit der Welt auf den Russland-Ukraine-Konflikt richtet, nimmt auf der anderen Seite der Welt, im Pazifik, die Konfrontation der USA und der NATO mit China und Nordkorea dramatisch zu.

Seit dem „Pivot to Asia“ der Obama-Regierung, der zum Teil ins Leben gerufen wurde, um von der Entscheidung abzulenken, die Truppen in Afghanistan und im Irak im Rahmen der gescheiterten US-Kriegspolitik im Nahen Osten aufzustocken, hat die militärische Marine- und Luftpräsenz der USA im westlichen Pazifik stetig zugenommen.

Unter der Regierung Biden haben sich nun auch NATO-Länder daran beteiligt, da die britische, französische und deutsche Marine Schiffe entsandt haben, um sich mit US-Flugzeugträgergruppen von mehr als 20 Schiffen zu verbinden.

Die Regierung Biden hat die Zahl der hochrangigen Diplomaten, die Taiwan besuchen, drastisch erhöht und sogar einen Besuch des ehemaligen Verteidigungsministers Mark Esper organisiert. Die Ermutigung von Delegationen des Kongresses, Taiwan zu besuchen, hat die Chinesen verärgert, und der Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, im August wird die Spannungen noch weiter verschärfen. Die chinesische Antwort auf das Vorgehen der USA war die Entsendung von mehr als 50 Militärflugzeugen über die schmale Taiwanstraße an den Rand der taiwanesischen Luftverteidigungszone, um ein mögliches militärisches Vorgehen zu demonstrieren.

Die Konfrontation um Taiwan weitete sich Mitte Juni 2022 aus. Nachdem China behauptet hatte, die Meerenge sei kein internationales Gewässer und Peking habe die

Souveränität über die Zonen, die sich den Küsten Taiwans und denen Chinas bis zur Mitte der Meerenge erstrecken, erklärten die Vereinigten Staaten, sie würden ihre Militäroperationen dort nicht einstellen.

Obwohl die Vereinigten Staaten kein Verteidigungsabkommen mit Taiwan geschlossen haben, hat das Land stets US-Waffen gekauft, und US-Militärausbilder besuchen Taiwan regelmäßig. Präsident Biden hat auf Fragen der Medien zur Aussicht auf eine chinesische Invasion mit Aussagen wie „Wir werden Taiwan verteidigen“ geantwortet, die seine Berater zurücknehmen mussten. Seit 2010 haben die Vereinigten Staaten Waffenverkäufe in Höhe von mehr als 23 Milliarden US-Dollar an Taiwan angekündigt. Im Jahr 2022 belaufen sich die US-Waffenverkäufe an Taiwan bisher auf insgesamt eine Milliarde Dollar und sind für Patriot-Raketen und Haubitzen bestimmt.

RIMPAC-Kriegsspiele

Die Spannungen in der Region werden durch die Teilnahme von NATO-Staaten und „Partnern“ an den massiven Seekriegsübungen der Rim of the Pacific (RIMPAC) noch verschärft. An den seit 1971 alle zwei Jahre stattfindenden RIMPAC-Übungen nehmen in 2022 38 Schiffe aus 26 Ländern, vier U-Boote, 170 Flugzeuge und 25 000 Militärangehörige teil, die vom 29. Juni bis zum 4. August in den hawaiianischen Gewässern Seekriegsmanöver durchführen. Zusätzlich werden Bodeneinheiten aus neun Ländern in amphibischen Landungen auf den Inseln von Hawaii an Land gehen.

Bei früheren RIMPAC-Kriegsübungen wurden sowohl China als auch Russland zur Teilnahme eingeladen, aber in diesem Jahr ist keiner von beiden dabei. Russland nahm 2012 zum ersten Mal an RIMPAC teil, wurde aber nach

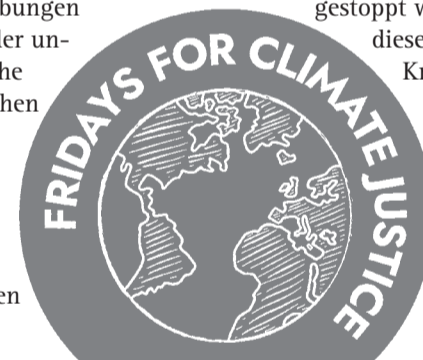
den Problemen in der Ukraine 2014 nicht wieder eingeladen, während China eine Einladung für 2014 erhielt. China nahm 2014 mit vier Schiffen und 2016 mit fünf Schiffen an RIMPAC teil.

Die RIMPAC-Kriegsübungen haben – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – gefährliche Folgen, die den pazifischen Raum einem immer größeren Risiko einer militärischen Konfrontation und Zerstörung aussetzen.

Große Städte in Asien

– Peking, Shanghai, Hongkong, Seoul, Tokio und Pjöngjang – könnten bei einem Austausch ballistischer Raketen zerstört werden, ebenso wie große Städte in den USA.

Das Üben für den Krieg muss gestoppt werden, bevor diese Praxis zum Krieg führt.



+++ aktiv gegen krieg +++

Klimagerechtigkeit braucht einen Paradigmenwechsel: Gemeinsame Sicherheit

Militärisch bedingte Treibhausgasemissionen werden in der öffentlichen Debatte systematisch ausgeblendet, beim Militär, in den Kreisen der Sicherheitsexperten und Politik, aber leider auch innerhalb der Klima- und der Friedensbewegung.

Militär und Rüstung sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems: Sie heizen die Klimakatastrophe weiter an und schwächen unsere Anpassungsmöglichkeiten erheblich.

Die gegenwärtige Aufrüstungsspirale mit Rüstungsausgaben von fast 2.000 Billionen US-Dollar für 2021 (Friedensforschungsinstitut SIPRI), noch einmal gesteigert durch den Ukrainekrieg, produziert Emissionen und Umweltverschmutzung und bindet dringend benötigte Finanzmittel, die für den Klimaschutz nötig wären.

Die Emissionen von Streitkräften und Kriegsgerät verursachen auf globaler Ebene beträchtliche Schäden. Trotzdem wurde der CO2-Ausstoß des Militärs auf Druck der USA in Klimaabkommen wie dem Kyoto-Protokoll 1997 und dem Pariser Klimaschutzabkommen 2015 ausgeklammert. Weltweit soll der militärische Sektor für circa 6 Prozent der globalen CO2-Emissionen verantwortlich sein. Der Ukraine-Krieg hat aufgezeigt, wie eng der Krieg, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Energieunsicherheit zusammenhängen.

Den Ukrainekrieg gewinnen wollen, wie es jetzt Militärs, Sicherheitsexperten und Politiker auf Seiten Russlands, der NATO und der Ukraine verkünden, bedeutet unendliches menschliches Leid, Zerstörung und fortschreitende Umweltkatastrophen.

Gebot der Stunde muss stattdessen gemeinsame Sicherheit, globale Abrüstung, Klimagerechtigkeit und Kooperation sein.

Angelika Claussen – IPPNW

+++ engagiert für den frieden +++

Gemeinsame Sicherheit heißt Klimagerechtigkeit



Sean Connor

Die zentrale Idee hinter dem Konzept einer Gemeinsamen Sicherheit ist einfach: Ein Staat kann nicht auf Kosten der Sicherheit eines anderen Staates sicher sein. Ursprünglich wurde das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit 1982 auf dem Höhepunkt der Spannungen des Kalten Krieges entwickelt und konzentrierte sich auf den Abbau von Spannungen zwischen Ost und West durch vertrauensbildende Maßnahmen wie

die Verringerung konventioneller und nuklearer Waffen, durch Dialog und Verhandlungen.

In der heutigen Welt erhält der Kerngedanke der Gemeinsamen Sicherheit eine neue Bedeutung. Zwar sind viele der Empfehlungen des ursprünglichen Berichts nach wie vor wichtige Schritte auf dem Weg zu gemeinsamer Sicherheit – die nuklearen Spannungen sind erneut so hoch wie nie zuvor, die weltweiten Militärausgaben steigen jedes Jahr, und ein aufrichtiger Dialog und Verhandlungen werden

oft zugunsten von Säbelrasseln und Effekthascherei umgangen. Doch es gibt neue Herausforderungen, die die globale Sicherheit bedrohen: Sie erfordern die globale Zusammenarbeit.

Eine dieser Herausforderungen hat sich in den letzten zweieinhalb Jahren deutlich gezeigt: globale Pandemien. Die Abschottung vieler Nationen und das Fehlen einer sinnvollen internationalen Koordinierung von Behandlungen, Impfstoffen und bewährten Verfahren führten dazu, dass die globale Reaktion langsam und ineffizient war. Das Virus belastet auch heute noch alle Nationen.

Wenn Viren keine Grenzen kennen, so hebt der Klimawandel alle Grenzen auf. Jeder Versuch, den Klimawandel auf nationaler oder gar regionaler Ebene zu bekämpfen, ist nutzlos. Selbst wenn einige Länder ihre Emissionen einschränken, werden die Auswirkungen ohne eine globale Zusammenarbeit nicht ausreichen. Dies wird noch schwieriger, wenn der Großteil der Emissionen aus einigen wenigen großen Industrieländern stammt, während die meisten Opfer der schwersten Auswirkungen des Klimawandels (vorerst) in den weniger industrialisierten Ländern des globalen Südens zu finden sind.

Das derzeitige globale Forum für die Zusammenarbeit im Bereich des Klimawandels, die Konferenz der Vertragsparteien (COP), ist ziemlich unergiebig. Sie stellt zwar ein wichtiges Forum für die Zusammenarbeit dar, aber die Parteien verfolgen nach wie vor ihre nationalen Interessen. Selbst wenn ein Staat darauf besteht, dass er seine nationalen Interessen auf Kosten der Umwelt schützen muss, gefährdet er alle Staaten und greift somit die gemeinsame Sicherheit.

Darüber hinaus bedeutet gemeinsame Sicherheit nicht nur ein Ende des Klimawandels, sondern auch Klimagerechtigkeit. Einerseits dürfen die militärischen Emissionen nicht wie bisher aus den Zahlen der Treibhausgasemissionen ausgeklammert werden. Dies steht in direktem Zusammenhang mit anderen Empfehlungen zur gemeinsamen Sicherheit, nämlich der Reduzierung der Militärausgaben und der militärischen Übungen. Andererseits bedeutet Klimagerechtigkeit die Notwendigkeit einer globalen Zusammenarbeit zur Abschwächung der bereits bestehenden Auswirkungen des Klimawandels. Diejenigen, die unter den schlimmsten Folgen dieser Katastrophe leiden, müssen von denjenigen, die am meisten für den globalen Temperaturanstieg verantwortlich sind, angemessen entschädigt werden. Die durch extreme Wetterereignisse hervorgerufene Unsicherheit hat bereits zu Konflikten geführt und wird auch in Zukunft verstärkte Migration herbeiführen. Dies sind globale Probleme, die keine Grenzen kennen Sie müssen als solche durch fortgesetzte globale Zusammenarbeit angegangen werden.

Sean Connor ist stellvertretender Geschäftsführer des International Peace Bureau (IPB) und lebt in Berlin.

„Unser Engagement für eine nuklearwaffenfreie Welt“

atomwaffenfrei.
jetzt



Auszüge aus dem Entwurf der Wiener Erklärung des 1. Treffens der Vertragsstaaten des Vertrags über das Verbot von Atomwaffen

- Wir, die Vertragsstaaten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen, sind hier zum ersten Treffen der Vertragsstaaten zusammengekommen, um das Inkrafttreten des Vertrags zu begehen, unsere Entschlossenheit zu bekräftigen, die vollständige Abschaffung von Kernwaffen zu verwirklichen und unseren Weg zur vollständigen und wirksamen Umsetzung des Vertrags festzulegen. (...)
- Wir feiern das Inkrafttreten des Vertrags am 22. Januar 2021. Nukleare Kernwaffen sind nun ausdrücklich und umfassend durch das Völkerrecht verboten, wie dies für biologische und chemische Waffen schon lange der Fall ist. (...)
- Wir bekräftigen die moralischen und ethischen Imperative, die die Schaffung des Vertrags inspiriert und motiviert haben und die nun seine Umsetzung vorantreiben und leiten:
 - dass die Einführung eines rechtsverbindlichen Verbots von Kernwaffen einen grundlegenden Schritt in Richtung auf die unumkehrbare, überprüfbare und transparente Beseitigung von Kernwaffen darstellt, die für die Verwirklichung und Erhaltung einer atomwaffenfreien Welt und damit zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen notwendig ist.
 - dass die katastrophalen humanitären Folgen von Atomwaffen nicht angemessen angegangen werden können, über nationale Grenzen hinausgehen, schwerwiegende Auswirkungen auf das Überleben und Wohlergehen der Menschen haben und mit der Achtung des Rechts auf Leben unvereinbar sind. (...)
- Wir sind alarmiert und bestürzt über Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen und die immer schärfer werdende nukleare Rhetorik. (...)
- Kernwaffen sind weit davon entfernt, Frieden und Sicherheit zu bewahren, und werden als Instrumente einer Politik eingesetzt, die mit Zwang, Einschüchterung und der Verschärfung von Spannungen verbunden sind. (...)
- Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt darüber, dass neun Staaten zusammen immer noch rund 13.000 Atomwaffen besitzen und über Sicherheitsdoktrinen verfügen, in denen Gründe für den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen dargelegt werden. (...)
- Wir bedauern und sind zutiefst besorgt, dass trotz der schrecklichen Risiken und trotz ihrer rechtlichen Verpflichtungen und politischen Zusagen zur Abrüstung keiner der nukleare bewaffneten Staaten und ihrer Verbündeten unter dem Nuklearschirm ernsthafte Schritte unternimmt, um ihre Abhängigkeit von Atomwaffen zu verringern. (...)
- Wir entwickeln die Mechanismen des Vertrags gemeinsam und werden unsere nationalen Verpflichtungen in vollem Umfang erfüllen. (...)
- Der humanitäre Geist des Vertrags spiegelt sich in seinen positiven Verpflichtungen wider, die darauf abzielen, den durch den Einsatz und die Erprobung von Kernwaffen verursachten Schaden zu beheben. (...)
- Wir werden darauf hinarbeiten, die Mitgliedschaft im Vertrag in allen Regionen auszubauen. Wir werden das öffentliche Bewußtsein zur Unterstützung unseres Ziels des weltweiten Beitritts zum Vertrag und seiner vollständigen Umsetzung fördern. (...)
- Wir werden auch mit Staaten außerhalb des Vertrags zusammenarbeiten. Wir erkennen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als Eckpfeiler des Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregimes an und bedauern Drohungen oder Handlungen, die diesen Vertrag zu untergraben drohen (...).
- Wir werden weiterhin alle Maßnahmen unterstützen, die einen wirksamen Beitrag zur nuklearen Abrüstung leisten können. Dazu gehören Bemühungen um das Inkrafttreten des umfassenden Atomteststoppvertrags, um vorläufige Maßnahmen zur Verringerung des Risikos des Einsatzes und der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, die Weiterentwicklung von Abrüstungsverifikationsmaßnahmen, Stärkung negativer Sicherheitsgarantien und ein Rechtsinstrument zum Verbot von spaltbarem Material für die Herstellung von Kernwaffen und anderen Kernsprengkörpern. (...)
- Wir fordern alle Staaten nachdrücklich auf, dem Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen unverzüglich beizutreten. (...)
- (...) Wir werden nicht ruhen, bis der letzte Staat dem Vertrag beigetreten ist, der letzte Sprengkopf demontiert und zerstört wurde und Atomwaffen vollständig von der Erde verbannt worden sind.

+++ aktiv gegen krieg +++

„Unsere“ Toten

Wiebke Diehl

„Frieren für die Freiheit“, „den Gürtel ‚mal‘ ein bisschen enger schnallen“, das werden wir doch wohl durchhalten. Schließlich geht es – so unsere Wohlstandspolitik – um „unsere“ Werte, um „Entgiftung“ Europas von russischer Energie, um ein Ende von „Putins Krieg“. Dem Völkerrecht muss wieder Geltung verschafft werden. Dafür sägt man auch am Ast, auf dem man selbst sitzt – in bedingungslosem Gehorsam vor Washington, das in Sachen Achtung des Völkerrechts bekanntlich ein strahlendes Vorbild ist.

Ein Großteil der Bevölkerung in den sanktionierenden Ländern hat längst verstanden, dass es nicht um Werte und die Wiederherstellung völkerrechtskonformen Verhaltens geht – schon gar nicht, wenn der grüne Vizekanzler auf Shoppingtour nach dem Umweltkiller LNG-Gas bei Menschenrechtsverbrechern wie Katar geht. Seine Parteifreundin Baerbock, welche Russland ganz unverblümt „ruinieren“ will (um China zu treffen), gibt inzwischen zu, sie habe nie geglaubt, dass Sanktionen den Krieg schnell beenden würden. Denn sie erreichen ihre deklarierten Ziele so gut wie nie, im Gegenteil. 83 Prozent der Deutschen meinen inzwischen auch nicht mehr, dass Russland mehr Schaden nimmt als wir selbst.

Auf dem Sanktions-Altar geopolitischer Interessen wurden schon unzählige Menschenleben geopfert – allein im Irak eine halbe Million Kinder. Sanktionen machen Medikamente, Trinkwasser und Nahrungsmittel zur Mangelware. Sanktionen töten. Und dieses Mal wird eine unabsehbar hohe Anzahl von Opfern im (unbeteiligten) globalen Süden in Kauf genommen. Diese Toten werden nicht Moskaus Tote sein, sondern „unsere“.

Wiebke Diehl ist Publizistin und lebt in Berlin

+++ engagiert für den Frieden +++

Es gibt die Skizze für eine Verhandlungslösung

Kein stabiler Frieden in Europa ohne Russland

Peter Brandt

Seien wir ehrlich: Die Wenigsten von uns haben damit gerechnet, dass Russland die Ukraine angreifen würde. Ich selbst habe es nicht für undenkbar, aber für äußerst unwahrscheinlich gehalten – wie auch die meisten Experten – und in dem Truppenaufmarsch noch Mitte Februar 2022 eine Drohkulisse gesehen. Alle moralischen Gesichtspunkte beiseite gelassen, war vorhersehbar, dass die militärische „Spezialoperation“ die NATO zusammenschweißen und die Führungsrolle der USA im Westen wie seit langem nicht mehr befestigen würde. Dieser Effekt ist sogar überboten worden durch den schnellen Beitritt Schwedens und Finnlands zum Atlantischen Bündnis, zweier Staaten mit einer über zweihundertjährigen bzw. beinahe achtzigjährigen Tradition blockfreier Außen- und Verteidigungspolitik.

Der Krieg im Osten des Kontinents ist auf der ersten Ebene ein legitimer Verteidigungskrieg der seit 1991 souveränen Ukraine gegen einen unprovokierten Angriff. Dabei spielt die Qualität der inneren Ordnung der Ukraine zunächst keine Rolle: Auch defizitäre Demokratien, korrupte und/oder autoritär regierte Staaten dürfen nicht militärisch attackiert werden. Die Ukraine verteidigt insofern ihre staatliche Unabhängigkeit und nichts weiter – entgegen der NATO-Lyrik von „unserer Freiheit“ und „unseren Werten“, die am Dnepr verteidigt würden.

Die westlichen Militärexperten, die eher Klartext reden, machen keinen Hehl daraus, dass der Ukraine-Krieg – auf der zweiten Ebene – ein



Stellvertreterkrieg zwischen Russland einerseits, den USA und der NATO andererseits ist, auch wenn letztere darauf achten, vermutete rote Linien nicht zu überschreiten. Die Ukraine wurde schon vor 2022 militärisch aufgerüstet und teilweise in die NATO-Strukturen integriert. (Die 2014 vorausgegangene, als solche völkerrechtswidrige verdeckte Besetzung und Annexion der Krim hatte, ebenso wie die Errichtung von zwei kleinen „Volksrepubliken“ im Donbass ihren Ursprung zunächst in einem innerukrainischen Konflikt; in den vergangenen acht Jahren und insbesondere in den letzten Monaten dürften die prorussischen Sympathien unter den Ukrainern, auch unter ethnischen

Russen, allerdings deutlich zurückgegangen sein.) Heute ist offensichtlich, dass die Ukraine ihren militärischen Widerstand ohne die Waffenlieferungen der NATO-Staaten nicht weiterführen könnte; nicht ganz klar ist der Stellenwert der operativen Anleitung oder Beratung durch die US-Streitkräfte und -Geheimdienste.

Bei den aktuellen Anklagen gegen Russland und seinen mörderischen Krieg heißt es vielfach, der Kreml habe die europäische Friedensordnung gesprengt. Das tiefere Problem liegt indessen darin, dass nach dem Ende des alten Ost-West-Konflikts – ermöglicht durch weitestgehende Konzessionen der von Michail Gorbatschow geführten Sowjetunion – keine neue europäische Friedensordnung, institutionalisiert als gesamteuropäisches kollektives Sicherheitssystem, ins Leben trat. Ein solches, seit den 1950er Jahren von verschiedener Seite vorgeschlagenes Sicherheitssystem unter Einbeziehung Nordamerikas könnte heute noch an die Vereinbarungen der Helsinki-Konferenz von 1975 und an die Charta von Paris vom November 1990 anknüpfen. Der Kern bestünde, neben der Wiederbelebung von Rüstungskontrolle und Abrüstung, in einer wechselseitigen Beistandspflicht bei aggressiven Vertragsverletzungen.

Wir sind damit bei der Unterscheidung zwischen der vordergründigen (zutreffenden) Bewertung des Ukraine-Krieges als russische Aggression und der wesentlich komplizierteren Einschätzung der Vorgeschichte und des internationalen Zusammenhangs angekommen. Zu einer diesbezüglichen Analyse würden die ethnisch-kulturellen Gegensätze samt der Konkurrenz unterschiedlicher Oligarchen-Frakturen der – abgesehen von zwei episodischen Ereignissen 1650 und 1918 – erstmals 1991 unabhängig gewordenen Ukraine gehören wie die innere Entwicklung Russlands unter Putin, der nach den chaotischen Zuständen und der sozialen

Katastrophe der Jelzin-Ära die Berechenbarkeit staatlichen Agierens wieder herstellte und dessen Regime – unter politischer Zügelung, aber bei Wohlverhalten wirtschaftlichem Gewährenlassen der charakteristisch parasitären, das Land ausplündernden kapitalistischen Oligarchen – sich mehr und mehr in diktatorische Richtung entwickelte. Anders als das überaus erfolgreiche und politisch stabile chinesische Modell hat das ökonomische Modell Russlands, hauptsächlich auf Rohstoffexport basierend, auf sich gestellt keine Zukunft, und das zurzeit unangefochten wirkende politische Regime beruht auf einer Balance unterschiedlicher elitärer Gruppen, die schnell ins Rutschen kommen kann.

Eine paneuropäische Verständigung ist die einzige Alternative zu der Verstärkung der Abhängigkeit EU-Europas von der amerikanischen Supermacht, die ihre zwischenzeitlich weltweit hegemoniale Stellung nur noch aufgrund militärischer Überlegenheit zu verlängern hoffen kann. Und der Konflikt in der und um die Ukraine, sich stetig verschärfend schon seit der Jahrtausendwende, hat in Erinnerung gerufen, dass die latente Gefährdung des Friedens nichts Abstraktes ist. Auch im alten Ost-West-Konflikt war ein atomarer Überraschungsangriff der einen oder anderen Seite wegen der beiderseits gegebenen Zweitschlagskapazität ganz unwahrscheinlich; der atomare, die Menschheit in ihrer Existenz bedrohende Weltkrieg hätte eher aus der Ausweitung einer ursprünglich regionalen Auseinandersetzung und/oder aus einer wechselseitigen Fehlwahrnehmung hervorgehen können. Und den Apologeten der atomaren Abschreckung zum Trotz: mehrfach waren wir dicht dran, insbesondere vor Kuba im Oktober 1962.

Für die Bewahrung bzw. – nicht allein an die Ukraine denkend – Wiederherstellung des Friedens in der Welt wird es entscheidend darauf ankommen, wieder in eine Phase kooperativer Sicherheit zu

gelangen, wofür die Ausgangsbedingungen in den zurückliegenden Jahren deutlich verschlechtert worden sind. Nicht allein, aber hauptsächlich seitens der USA, namentlich während der Präsidentschaft von Donald Trump, hat man Rüstungskontrollverträge, nicht zuletzt den für Europa eminent wichtigen INF-Vertrag, fahrlässig verfallen lassen.

Dass stabiler Frieden in der nördlichen Hemisphäre nicht ohne Russland, nach wie vor eine der beiden weltweit größten Atommächte mit der diesseits des Nordatlantik stärksten konventionellen Landstreitmacht, möglich ist, ist dermaßen banal, dass man sich beinahe scheut, das niederzuschreiben. Eine Friedensordnung, die diesen Namen verdient, beinhaltet mehr als die Abwesenheit von Krieg – und in dieser Perspektive läuft die Rede der NATO-Enthusiasten darauf hinaus, dass es auf absehbare Zeit keine Russland einschließende Friedensordnung geben kann, jedenfalls nicht unter dessen derzeitiger Führung. Weitergedacht bedeutet das – neben der Aufrechterhaltung und dem Anwachsen der zahlreichen Konfliktherde auf der Erde und der Verlängerung der latenten, dann noch zunehmenden Atomkriegsgefahr – die Kapitulation vor der sich abzeichnenden und inzwischen weitgehend erkannten ökologischen Katastrophe. Es ist undenkbar, diese ohne die bevölkerungsreichsten Länder, so China und Indien, wie auch ohne das riesige und rohstoffreiche Russland abzuwenden.

Gewiss folgt daraus nicht die reale Möglichkeit, in eine Ära der Entspannung und Zusammenarbeit zurückzufinden, wohl aber die gebieterische Notwendigkeit, sich dafür einzusetzen, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll. Selbstverständlich muss die Beendigung des Ukraine-Krieges am Anfang stehen, zunächst durch einen Waffenstillstand. Mehr als jede andere Weltregion hat Europa ein Interesse an einem Ende des Gemetzels dort. Neben der Ukraine selbst, die zerstört wird und ausblutet, sowie Russland, das anhaltend geschwächt wird, verliert EU-Europa dramatisch an weltpolitischem Eigengewicht, während sich die materiellen und sozialen Folgen der Wirtschaftssanktionen erst abzeichnen. Auch wenn es nicht angeht, von der Ukraine ein bedingungsloses Aufgeben zu verlangen, darf daran erinnert werden, dass der Beginn und die Beendigung eines lokalen Krieges keineswegs immer allein die Sache der unmittelbar Kriegführenden gewesen sind. Der ukrainische Präsident Selenskyj selbst hat in den ersten Wochen nach dem Beginn des russischen Angriffs mit der Selbstverpflichtung der Ukraine zu ständiger Neutralität, der De-facto-Akzeptierung der Krim-Annexion (denkbar wäre auch eine zweite Volksabstimmung unter UNO- oder OSZE-Kontrolle) und einem Sonderstatus für den Donbass eine naheliegende Kompromisslinie skizziert.

+++ aktiv gegen krieg +++

30.000 demonstrieren engagiert und bunt gegen den NATO-Gipfel

ast 30.000 Friedensaktivist:innen aus Friedens-, Frauen-, Solidaritäts- und Klima-Gerechtigkeitsorganisationen, unterstützt von kleineren (Friedens-)Delegationen aus NATO-Ländern demonstrieren gegen die NATO und die mit ihr verbundene internationale Militarisation. Die Forderung nach Abrüstung und internationaler Zusammenarbeit einte ebenso wie die Erkenntnis: NATO und Frieden sind unvereinbar. Sie war der gemeinsame Abschluss des Protestwochenendes (24.-26.06.2022) im Vorfeld des NATO-Gipfels (28. - 30. 06 2022). Friedenspolitische Alternative zur NATO standen im Mittelpunkt sowohl des Friedens- als auch des Gegengipfels in Madrid 824.+25.06.2022). Die nationalen politischen Differenzen der Anti-NATO-Kräfte in Madrid (vor allem zum Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine) waren zu tief. Ein aktives, ermutigendes Wochenende, das auch zeigt, wie viel noch vor uns liegt. Höchste Priorität hat: Der Kampf für einen Waffenstillstand und Verhandlungen für eine Friedenslösung in der Ukraine. No to NATO war auch Mitorganisator einer beeindruckenden 24-stündigen globalen „Friedenswelle“. In 12 Zeitzonen wurden kreative Veranstaltungen, Live-Musik, Performances, Aktionen und vieles mehr von hunderten von Aktivist:innen und engagierten Menschen entwickelt und gestreamt.

Den Friedensengagierten war klar, dass der Kampf um die Überwindung/Auflösung der NATO eine lange und große Herausforderung ist und dass noch viele (noch größere) Maßnahmen notwendig sind, vor allem beim nächsten NATO - Gipfel, der im Juni 2023 in Vilnius in Litauen stattfinden wird. Die Vorbereitungen haben bereits begonnen. Kristine Karch, Internationales Netzwerk No to war - no to NATO, Kampagne Stopp Air Base Ramstein

+++ engagiert für den Frieden +++

Verhandlungen und Waffenstillstand sofort!

Stimmen gegen den Krieg Wie Wehrdienstverweigerer in der Ukraine bis zum letzten Mann kämpfen lassen

Auch ein halbes Jahr nach Beginn des russischen Kriegs in der Ukraine überwiegen in unseren Medien die Stimmen und die Argumente für Waffenlieferungen, für ein „Durchhalten bis zum Sieg der Ukraine“ oder auch „gegen einen Diktatfrieden“ und „gegen jeden Verzicht auf ukrainisches Gebiet“ zugunsten Russlands. Inzwischen wird, unterstützt von der Regierung in Kiew, seitens der NATO und seitens der US-Regierung sogar gefordert, die Ukraine müsse „die Krim zurückerobern“. Dies, obgleich bis zum 24. Februar 2022 fast alle westlichen Politiker und alle Bundesregierungen – teilweise offen, meist jedoch stillschweigend – davon ausgegangen waren, dass die Krim nach der Annexion durch Russland im Frühjahr 2014 Bestandteil der Russischen Föderation sein und bleiben würde.

So gab es am 10. August auf dem zentralen russischen Luftwaffenstützpunkt auf der Krim massive Explosionen, die höchstwahrscheinlich Resultat eines ukrainischen Beschlusses sind. Wobei dies dann wiederum Resultat der Lieferung von modernen, weit reichenden Raketen-Systemen aus den USA sein dürfte. Damit – und mit dem Beschluss des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischja am Fluss Dnipro durch russisches oder ukrainisches Militär zum gleichen Zeitpunkt – ist in diesem Krieg eine neue Eskalationsstufe erreicht. Und mehr denn je stellt sich die Frage, wie und wann die Eskalation in diesem Krieg gestoppt werden kann.

Nun gibt es durchaus Stimmen, die vor dieser Eskalation warnen und für einen sofortigen Waffenstillstand und für eine Verhandlungslösung eintreten. Drei Beispiele.

Ralph Urban, Vorstandsmitglied der Ärzt*innen-Organisation für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), argumentiert: „Durch die Entscheidung, Waffen an die Ukraine zu liefern, macht sich Deutschland nicht nur selbst zur Kriegspartei, sondern gibt auch die Möglichkeit auf, aus einer neutralen Position heraus eine vermittelnde Rolle zwischen den Kriegsparteien einzunehmen. Präsident Putin hat [...] angekündigt, dass Länder, die

sich einmischen, mit unvorstellbaren Konsequenzen rechnen müssen. [...] Der Einsatz russischer Nuklearwaffen ist möglich. [...] Wer das als Bluff abtut, spielt mit dem Feuer.“

In einer Ende Juni in der *Zeit* veröffentlichten Erklärung, die unter anderem von dem Journalisten Jakob Augstein, dem Filmemacher Alexander Kluge, dem Philosoph Richard D. Precht und der Schriftstellerin Juli Zeh unterzeichnet ist, heißt es: „Die Fortführung des Kriegs mit dem Ziel eines vollständigen Siegs der Ukraine über Russland bedeutet Tausende weitere Kriegsoffer, die für ein Ziel sterben, das nicht realistisch zu sein scheint. [...] Der bisherige Verlauf der Verhandlungsversuche zeigt eine anfängliche Verständigungsbereitschaft beider Seiten. Nur eine diplomatische Großoffensive kann aus der momentanen Sackgasse herausführen [...] Verhandlungen sind ein notwendiges Mittel, um Leid vor Ort und Kriegsfolgen auf der ganzen Welt zu verhindern.“

Wer sagt, Erklärungen wie die oben zitierten, drückten die Meinung einer Minderheit von Intellektuellen aus, der möge sein Ohr dem Ministerpräsidenten von Sachsen leihen. Der CDU-Politiker Michael Kretschmer äußerte sich Ende Juli wie folgt: „Wir müssen dafür eintreten, dass der Krieg eingefroren wird.“ Es gehe darum, „Zeit zu gewinnen, um in Sicherheitsmaßnahmen zu investieren“. Man müsse „erkennen, dass der Krieg die gesamte Welt und Europa in besonderem Maße ins Chaos stürzt. [...] Ich bin der Meinung, dass wir gemeinsam versuchen müssen [...] einzuwirken auf den russischen Präsidenten und auch die Ukraine davon zu überzeugen, dass wir alle miteinander diesen Konflikt einfrieren müssen. Das ist jedoch etwas anderes als das, was derzeit läuft.“

Wie werden diese Stimmen der Vernunft in der Öffentlichkeit aufgenommen? Antwort: Sie werden bestenfalls ignoriert. Wenn sie denn kommentiert werden, dann werden sie diffamiert – als Äußerungen von „Putin-Verstehern“, von aus der Welt gefallenen Pazifisten.



minister? Immerhin hat dieser Herr „keine Angst“ vor einem „neuen Weltkrieg“? Auch Robert Habeck hat den Kriegsdienst verweigert. Wobei das Verweigern eines Wehrdienstes in Friedenszeiten nochmals etwas anderes ist, als konkret das eigene Leben zu riskieren.

All das heißt: Diejenigen, die die fortgesetzte Eskalation in diesem Krieg betreiben – sei es im Kreml, sei es in Kiew, sei es in Brüssel und Berlin, schicken in erster Linie andere Leute an die Front, in den Krieg – und vielfach in Leid und Tod. Das gilt in besonderem Maß für die Regierung in Washington: Sie „riskiert“ gerne einen Krieg auf einem Kontinent, der mehr als 7000 Kilometer entfernt ist. Das kann auch ein atomar geführter Krieg sein – Hauptsache, er dient der Schwächung Russlands und der Förderung von US-Interessen.

Riskiert wird von diesen Leuten an meist sicheren Orten, dass in der Ukraine Dutzende Städte zu einem Schrotthaufen zusammengesetzt werden, dass Zehntausende ihr Leben verlieren, dass Hunderttausende für ihr Leben gezeichnet sind – und dass Millionen ihr Zuhause verlieren. Die Kosten des Krieges trägt jetzt bereits – über dreifach gesteigerte Energiekosten – die Mehrheit der Bevölkerung. Die Wiederaufbau-Kosten in der Ukraine sollen ebenfalls die Bevölkerung in Westeuropa stemmen.

Das Minimum, was verlangt werden muss, lautet: sofortiger Waffenstillstand und sofortige Verhandlungen! Die Behauptung, Russland wolle keine Verhandlungslösung, ist eine Schutzbehauptung derjenigen, die andere und eigene Interessen haben. Es gab solche Verhandlungen im März. Damals zeichnete sich eine Lösung ab. Dieser Weg wurde vor allem von der Ukraine abgebrochen – mutmaßlich auf Wink aus Washington. Im Juli wurde auf dem Verhandlungsweg erreicht, dass ukrainische Getreide-Exporte möglich werden.

Im Fall des sächsischen Ministerpräsidenten werden dann Geschosse größeren Kalibers eingesetzt. Der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai empörte sich wie folgt: „Gott sei Dank ist dieser Mann nicht verantwortlich für unsere Außenpolitik. Kretschmer hat nicht verstanden, wie gefährlich Russland ist. Die FDP-Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann äußerte, damit würden „die Ukraine, die Freiheit und die Menschenrechte verhöhnt“. Man muss das nicht verstehen – außer, dass klar ist: Hier kommt der Hass derjenigen zum Ausdruck, die sich zur politischen Elite zählen und die empört sind, dass jemand aus den eigenen Reihen zu Verhandlungen aufruft.

Der zu diesem Zeitpunkt bereits abberufene ukrainische Botschafter Andrij Melnyk setzte noch eins drauf. Er ging Kretschmer wie folgt an: „Ihre ewige Anbiederung an den Kriegsverbrecher Putin ist ekelhaft.“

Interessant wären Antworten auf die Frage, ob diese Herren und Damen selbst in einen solchen Krieg gegen Russland ziehen würden. Der Kanzler hat dies – wie viele in seinem Kabinett – faktisch verneint. Er hat den Kriegsdienst verweigert. Ähnlich der SPD-Generalsekretär, der derzeit für immer neue Waffenlieferungen plädiert: Lars Klingbeil ist Wehrdienstverweigerer. Und der Wirtschafts-

+++ aktiv gegen krieg +++

Wir zahlen nicht für Eure Krise und Kriege!

Özlem Demirel

Der Angriff auf die Ukraine verdeutlicht eine Zeitenwende. Aber nicht, wie vom Bundeskanzler behauptet, weil er der erste völkerrechtswidrige Krieg auf europäischem Boden nach 1945 wäre. Das ist gelogen. Erinnert sei an den Überfall der Nato (inklusive Deutschland) auf Serbien.

Eine Zäsur ist er, weil er einhergeht mit einer massiven Aufrüstung und Militarisierung. Nicht nur die massiven Waffenlieferungen an die Ukraine, die den Krieg verlängern, machen dies deutlich. Auch die massiven Sanktionen sind ein Teil dieser konfrontativer werdenden Welt.

Weltweit leidet das einfache Volk, Arme bis hin zu den Mittelschichten. Sie zahlen für diesen Machtkampf mit existenzieller Not. Massive Preisexplosionen in fast allen Bereichen, begleitet von Aufrufen den Gürtel enger zu schnallen sind überall zu hören: Mehr arbeiten solle man, um die gigantische Aufrüstung zu finanzieren, bereit sein für „die Demokratie“ zu frieren und am besten auch komplett auf Lohnerhöhungen in Zeiten rapide steigender Inflation verzichten.

Dies gilt hier und auch in Russland. Auch dort sollen die Menschen jetzt verzichten ebenso für einen angeblichen „gerechten Krieg“. Und natürlich steigen Verwüstung und Verelendung in der Ukraine. Gleichzeitig werden dort die Rechte der Arbeitenden und Gewerkschaften massiv ausgehöhlt, im Interesse der Oligarchen „Reformen“ durchgepeitscht, die so leicht nicht mehr zurückgeholt werden können. Deshalb braucht es eine massive Bewegung von unten gegen Krieg und Aufrüstung, ebenso wie gegen steigende soziale Ungleichheit und Verarmung. Wenn der Winter droht kalt zu werden, dann müssen wir für einen heißen Herbst sorgen, in dem deutlich wird: Wir zahlen nicht für eure Krise, noch für eure Kriege!

Özlem Demirel ist Abgeordnete im Europäischen Parlament für Die LINKE

+++ engagiert für den Frieden +++